

Kultur, Gewalt, Massenmedien (Sammelrezension)

Einfache Erklärungen nach dem Muster: Die Welt wird immer gewalttätiger und Schuld daran sind zuallererst die Medien, finden auch in medienwissenschaftlicher Runde immer wieder Interesse. Wer Anstrengungen jedoch nicht scheut, wird wenigstens versuchen sich zu vergewissern, was denn überhaupt unter Gewalt verstanden werden kann. Der zweite hier anzuzeigende Band macht es sich in dieser Hinsicht leicht, der erste immerhin unterzieht sich der Mühe unter dem Titel

Gewalt. Kulturelle Formen in Geschichte und Gegenwart

Hg. von Paul Hugger und Ulrich Stadler. Zürich: Unionsverlag 1995, 359 S., DM 34,-, ISBN 3-293-00216-1

Dem einleitenden Beitrag Huggers ist die notwendige Erinnerung daran zu verdanken, daß 'Gewalt' mehr umfaßt als die rechtlichen oder moralischen Normen zuwiderlaufende Zufügung körperlicher Schäden. Von struktureller und latenter Gewalt ist schließlich schon seit langen Jahren u.a. in der Friedens- und Konfliktforschung die Rede. Zugleich kann Gewaltausübung auch als etwas durchaus legitimes angesehen werden, dann nämlich, wenn der moderne Staat in Wahrnehmung seines Monopols überwacht und straft.

Die Absicht des Bandes, in historischer Perspektive die „kulturelle Funktion der Gewalt“ (S.19) zu untersuchen, ist ein an sich lohnenswertes Unterfangen. Dies mit dem Vorhaben zu verbinden, Elemente einer Kulturanthropologie der Gewalt zu erarbeiten, führt jedoch nicht weit, wenn kaum mehr als die Wahr-

nehmung zu Tage gefördert wird, daß im Menschen nun mal die Aggression angelegt sei. So die Bilanz Huggers: „Es gibt gewiß neue Gewaltfelder und Problemlagen, aber andere haben sich dafür abgeschwächt, die früher bedrängend und beängstigend waren. Dessen sollten wir uns bewußt sein, wenn wir nach Lösungen in der Gegenwart suchen. Aus der Beschäftigung mit der Geschichte steigt eine gewisse Gelassenheit empor.“ (S.60)

Während sich der Volkskundler derart beruhigt zurücklehnt, kümmern sich andere Beiträger, nur teilweise historisch orientiert, um Gewaltdarstellungen in der Literatur, um Formen der Gewalt in Architektur, Straßenverkehr und Schule, um konversationelle Aggression in Rundfunk-Dialogen sowie um sexuelle Gewalt. Auf diese Weise entsteht ein notwendig unvollständiges Panorama der Hierarchien und Machtbeziehungen vornehmlich der modernen Konkurrenzgesellschaft, zumal sich nicht immer erschließt, worin denn das eigentlich Gewalttätige im Sprechen, Handeln, Bauen usw. jeweils besteht.

Die Filmwissenschaftlerin Brinckmann plädiert für Arbeitsteilung und erklärt sich für Wirkungsaspekte von Gewalt im Kinofilm unzuständig. Den ihm zugepielten Ball nimmt der Publizistikwissenschaftler Bonfadelli dankbar auf und trägt in seinem – andernorts bereits nahezu wortgleich publizierten – Forschungsbericht den Stand der Rezeptions- und Wirkungsforschung vor (S.147-166). Insgesamt zwar ein solider Überblick, doch auch Bonfadelli bezieht das zweifelhafte anthropologische Ruhekitzen: „Gewalt in Form von Krieg, Bürgerkrieg oder Fremdenhaß auf der *Ebene der Gesellschaft* oder als Neid, Haß, Aggressivität, Größenwahn beim *einzelnen Individuum* ist etwas *zutiefst Menschliches*.“ (S.149) Das zu konstatieren enthebt doch eher der Notwendigkeit, Erklärungen finden zu müssen für das Entstehen von eruptiver bzw. für die Effekte struktureller Gewalt.

Vehement wendet sich Schoch (S.188-211) gegen einen solchen Rückzug auf anthropologische Konstanten. Dazu nimmt er sich Enzensberger vor, der diese Position so fulminant formuliert hat.

Schoch vermag als einer der wenigen Beiträger, auch ernsthaft historisch zu argumentieren. Lienemann schließlich bleibt es vorbehalten, dem impliziten Schluß des strikten Anthropologisierens, wo Gewalt herrsche, müsse auch Gegengewalt einkalkuliert werden, zu destruieren. Sondiert werden die Chancen gewaltfreier internationaler Konfliktlösungen. Den Risiken von künftigen Weltpolizeieinsätzen gegenüber werden sie zumindest gegenwärtig noch als aussichtsreicher eingeschätzt.

Wurde mit diesem Band damit die Chance auf Differenzierung ansatzweise genutzt, so stellt sich dem anderen das Problem überhaupt nicht. Das hat vielleicht weniger wissenschaftliche als verwertungspraktische Gründe.

Gibt es einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Darstellung rassistisch motivierter Übergriffe in den Medien und Folgestraftaten? Diese Frage behandelt die Studie von

Hans-Bernd Brosius, Frank Esser: Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt

Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, 235 S., DM 38,-, ISBN 3-531-12685-7

Als „Schlüsselereignisse“ nimmt sie die Anschläge von Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen an, über die in allen Medien ausführlich und häufig spektakulär berichtet wurde. Reflektiert wird auch in dieser Untersuchung die ethische Problematik der Darstellung dieser Ereignisse. Zentral aber ist das methodische Interesse bei der Überprüfung der generellen Hypothese, derzufolge die Berichterstattung der Massenmedien zu einer weiteren Ausbreitung fremdenfeindlicher Straftaten beigetragen habe. Zur Erklärung für das Zustandekommen von Gewaltwirkungen beziehen sich die Autoren auf die soziale Lerntheorie, von der sie ein sechsstufiges Eskalationsmodell ableiten. Brosius / Esser kontrastieren Angaben des BKA und der LKAs über die Anzahl fremdenfeindlicher Straftaten mit Zuwanderungszahlen sowie mit Allensbach-Umfragen über die vordringlichen „Sorgen der Bevölkerung“ (S.95) sowie mit Presse-, Agentur- und Fernsehinhaltsanalysen.

Die intensive Berichterstattung über die „Schlüsselereignisse“ führt Brosius und Esser zufolge in den meisten Fällen zu einem Anstieg von Nachahmungstaten. Es sind nicht einzelne Berichte, es ist der „Tenor der Berichterstattung“ der insgesamt „ansteckend“ (S.195) wirkt: „Erst die relativ konsonante, reflexartige Reaktion des gesamten Mediensystems, vor allem jedoch des Fernsehens, nach den Schlüsselereignissen führt zu der zum Teil massenhaften Verbreitung von Straftaten.“ (S.196)

Diese Schlußfolgerungen scheinen zunächst plausibel. Doch selbst der Einsatz beeindruckend differenzierter Rechenverfahren erlaubt doch die folgenden Einwände gegen die theoretische Modellierung des Themas und gegen das Verständnis von Empirie, das wiederum dem Problem der Wirkungsdimension gesellschaftlicher Kommunikation zugrundeliegt. Offensichtlich ist das Forscherteam nicht daran interessiert, einen Zusammenhang zwischen deutscher Asylpolitik, politischer und medialer Rede über Zuwanderung auch nur für denkbar zu halten. Gesucht wird ein (und eben nur ein) Hauptverursacher für die ohne Zweifel drastische Zunahme an Gewalttaten, und dieser wird mit den Medien gefunden. Es ist im weiteren nur konsequent, 'Gewalt' ausschließlich als strafrechtlich relevante Kategorie zu begreifen. Ich halte das, selbst aus Gründen methodischer Erfordernisse der Komplexitätsreduktion, für nicht zu rechtfertigen und vermute (forschungs-) politische Motivationen dahinter.

Bezeichnend ist die schroffe Ablehnung jedweder konstruktivistischen Perspektive, eine notwendige Bedingung dafür, daß für die Studie ein Eskalationszenario favorisiert wird, in dem unmittelbare Erfahrung jeder vermittelten vorausgeht. Postuliert wird, daß am Anfang das „wachsende Problembewußtsein“ (S.82) der Bevölkerung angesichts steigender Zuwanderungszahlen, Sammelterkünften etc. steht. Dies führt zu steigender Gewaltbereitschaft, was die Politik immer noch nicht veranlaßt, das Problem zu entschärfen, sondern allein Profilingegoismen der Parteien anheizt, während in dieser dritten Eskalationsstufe die Medien die Dringlichkeit des Problems drastisch zu forcieren beginnen. Diese Reihenfolge, derzufolge sozusagen das gesunde Volksempfinden der Politik auf die Sprünge helfen mußte, widerspricht m.E. aller Erfahrung und stellt die Politiker inkompetenter dar als sie sind.

Lesenswerte Studien aus den frühen achtziger Jahren, die mit einem Eskalationsmodell operieren – und nicht erst Eckert 1994, auf den sich die Autoren beziehen – machten schon damals deutlich, wie durch die Verschränkung von politischer und medialer Kommentierung sowie administrativen Maßnahmen das Aggressionsklima angeheizt wurde und sich zu dieser Zeit dann auch auf furchtbare Weise entlud. Man muß Brosius / Esser auf das Oktoberfest-Massaker 1980 hinweisen, um daran zu erinnern, daß ein unmittelbarer Zusammenhang von Gewalttaten nicht zwangsläufig mit drastischen Steigerungsraten der Asylbegehrenden und dem Aufstellen von Wohncontainern auf Dorfaußen besteht. Man müßte dann aber akzeptieren, daß 'richtige' von 'symbolischer Politik', unter der sie schlicht Nicht-Politik verstehen, kaum zu scheiden ist. Handfest und in gewisser Weise gewalttätig können aber schon Maßnahmen wie das willkürliche Postulieren von noch erträglichen 'Grenzwerten', die augenfällige Kasernierung oder die Einbeziehung der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in das Asylverfahren sein. Diese Entscheidungen sowie deren mediale Vermittlung gingen der Empörung vieler Menschen wohl doch eher voraus, womit das Eskalationszenario und letztlich die ganze Argumentationskette zu revidieren wäre.

Daß man sich für besagtes Modell entschieden hat, ist in dem auch hier wieder leitenden sozialwissenschaftlichen Anspruch begründet, man sei der Realität verpflichtet, die wiederum anhand der erhobenen Daten abzurufen sei. Ohne Realitätsanbindung keine empirische Forschung, heißt das Kepplinger folgende Credo, und kurz und knapp wird – einer für alle – mit dem sogenannten radikalen Konstruktivismus jegliche Skepsis gegenüber solchem Objektivismus vom Tisch gewischt. Gleichwohl begnügen sich die Autoren mit einer „Annäherung an das Optimum“, ohne zu beanspruchen, „die einzige und allein richtige Realität zu erfassen“ (S.36). Wenn es sich da mal nicht um eine Konstruktion handelt! Gleiches gilt für die Verwendung von Ergebnissen des IfD Allensbach, dessen Frageformulierungen zur Asylproblematik im Untersuchungszeitraum viermal variiert und dabei an suggestiver Kraft jeweils beträchtlich zuzulegen vermoch-

ten. Inwieweit die Veröffentlichung solcher Umfrageergebnisse das Meinungsklima beeinflusst hat, dazu werden keine Überlegungen angestellt. Das gleiche gilt z.B. auch für den Einfluß der Asyldebatte in ihrer Endphase, also die Petersberger Beschlüsse der SPD und die Grundgesetzänderung, die zeitnah dem Solingen-Anschlag lag. Die steigende Anzahl rassistischer Straftaten im Sommer 1993 geht der Studie zufolge aber ursächlich auf das Konto von Ansteckungseffekten durch die Berichterstattung über den Anschlag.

Sich der Genese und den Funktionen des medienpolitischen Diskurses zu widmen, der das Thema Asylpolitik vor dem eruptiven Anstieg der Übergriffe verbal wie visuell hochkochte, kann allerdings nicht im Interesse dieser Art von Forschung sein, wenn sie es sich mit ihren potentiellen Auftraggebern nicht verderben will. Ziehen aber Brosius / Esser Literatur heran, die auch die Verantwortung der politischen Elite zu bedenken geben, so nur deshalb, um sich deren empirischen Materials zu bedienen. Zudem ihr methodisches Instrumentarium unterschlagend, wird Autoren solcher Studien dann die mysteriöse Berufsbezeichnung „Beobachter“ (S.214) zuteil; allenfalls sind sie als „Sprachwissenschaftler“ (S.215) vorstellbar. Aus deren Überlegungen destillieren Brosius / Esser im wesentlichen auf diskurspolizeiliche Interventionen verkürzte „Konsequenzen für den Journalismus“ (S.208-221), die sich beschränken auf die Anrufung der journalistischen Ethik und auf die Anmahnung politisch korrekten Sprachgebrauchs.

Es bietet sich als plakative Zusammenfassung der Ergebnisse an: Die Gewalt ging vom Volke aus; die Medien heizten die Stimmung an; die Politik aber war ahnungslos und handlungsunfähig. Das ist zu einfach gestrickt.

Siegfried Reinecke (Berlin)